

## Kantonalköpfe sind doch jetzt gefragt

### Was tun eigentlich die Gegner der Minarettverbotsinitiative?

Mal eine öffentliche Frage an die im Kanton politisch relevanten Parteien. Zuerst an die SP (deren Mitglied ich bin), dann an die CVP, an die FDP, an die Grünen und Splitterparteien: Ja, soll denn diese Antiminarettinitiative mit den lafettenhaft dargestellten Mittelstreckenraketen, Burka und sublim dargestellter national-beflaggter «Abschussbasis» kein Thema sein. Alle obgenannten Politinstitutionen sind zwar gegen diese Initiative, tun aber gar nichts, sondern rasseln höchst medienwirksam in die PR-Falle der Initianten. Ja, Zanetti, Borer, Fürst – Kantonalköpfe sind doch jetzt gefragt. Ach, wie habt ihr Parteipräsidenten und Adlate doch ein Vertrauen in den Souverän! Danke vielmals, ich fühle mich sehr geehrt!

SILVIO MAROCCO,  
GRETZENBACH

in Bern für den Kanton Solothurn einsetzen.

Ich wähle Roland Fürst in den Ständerat.

URS RÖTHELI, GUNZGEN

## Regionale Wirtschaft kann profitieren

### Weg mit der Handänderungssteuer

Mit dem Geld, das heute noch für die Handänderungssteuer bezahlt wird, könnten sich junge Familien, die Wohneigentum erwerben möchten, allerhand Sinnvolles leisten, z.B. eine bessere Isolation der Liegenschaft zur Verminderung der Umweltbelastung, eine grössere Küche et cetera. Das käme der regionalen Wirtschaft und damit wiederum dem Staat zugute. Deshalb am 29. November ein überzeugendes Ja zur Initiative «Willkommen im Kanton Solothurn».

PAUL BOURGUET, GRENCHEN

## Grosse Stärken

### Roberto Zanetti in den Ständerat

Ich wähle Roberto Zanetti in den Ständerat weil er klar und hartnäckig seine Positionen vertritt ohne zu polarisieren. Seine konstruktive Art zu kommunizieren, seine Konfliktfähigkeit und seine Fähigkeit zu debattieren sind grosse Stärken. Roberto Zanetti besitzt den nötigen politischen Sachverstand und eine hohe Sozialkompetenz, die ihn für den Ständerat auszeichnen. Ich unterstütze Roberto Zanetti für die Wahl in den Ständerat, damit auch soziale und sozialpolitische Themen im Bundeshaus würdig vertreten sind.

CHRISTINE BIGOLIN, SP, KANTONSRAATSPRÄSIDENTIN, AETIGKOFEN

## Notwendiger Brückenschlag

### Roberto Zanetti gehört in den Ständerat

Roberto Zanetti hat im Rahmen seines bisherigen Wirkens Effizienz und Glaubwürdigkeit bewiesen. Er ist ausgestattet mit einem ausgeprägten Verständnis für sozialpolitische und ökologische Probleme, zu deren Lösung Zielstrebigkeit, Energie und Gesprächsbereitschaft gefragt sind. Roberto Zanetti gilt keineswegs als Querschläger, wohl aber als kontaktfreudiger Teamworker, der auch Brücken zwischen uns baut. Dieser Brückenschlag ist auch dringend notwendig, wenn die uns bedrängenden Aufgaben auf überzeugende und Erfolg versprechende Art angepackt werden. Ich werde Roberto Zanetti auf jeden Fall meine Stimme geben. Er gehört in den Ständerat.

FABIO BLÖCHLIGER, SOLOTHURN

## Lösungsorientiert und kompetent

### Roland Fürst in den Ständerat

Politische Flügelkämpfe haben uns bisher nicht sehr weit gebracht, und wir sollten erkennen, dass die heutige Gesellschaft und Politik komplexer geworden ist. Zu komplex, um alles in rechts oder links einteilen zu können. Gefragt ist heute mehrdimensionales und vernetztes Denken.

Meine zehnjährige Zusammenarbeit mit Roland Fürst im Gunzger Gemeinderat reflektierend, sind es genau diese Stärken, die den Menschen und Politiker Roland Fürst auszeichnen. Mit Weitsicht und Sachpolitik, weit über die Parteigrenzen hinweg, hat er sich für das Wohl der Gemeinde und der Region eingesetzt. Mit dem gleichen Engagement wird sich Roland Fürst

## Meinungsmacher für das bürgerliche Lager

### Roland F. Borer ist die richtige Wahl

Am 29. November steht den Wählerinnen und Wählern bei den Ständeratswahlen mit Roland F. Borer, nicht nur ein Kandidat zur Verfügung, der 18 Jahre mit grossem Erfolg im Nationalrat politisiert hat. Vielmehr hat er sich in dieser Zeit mit seinen Fachkenntnissen und seiner offenen, konsequenten und kollegialen Art gegenüber allen Ratskolleginnen und -kollegen bei bürgerlichen und linken Politikern Respekt verschafft.

Auch die SVP-Basis vertraut seit Jahren auf Roland Borer: Dies rührt vor allem daher, weil er nach den Wahlen jeweils das hält, was er auf dem Wahlprospekt versprochen hat. Eine Gabe, die in der Politik leider immer seltener wird. Seine Meinung zählt in Bern. Als Sozial-, Gesundheits- und Sicherheitspolitiker hat er in den vergangenen Jahren bewiesen, dass er für das bürgerliche Lager ein Meinungsmacher ist. Wenn er im Auftrag der Solothurner Wählerinnen und Wähler diesen Auftrag in Zukunft für den Stand Solothurn übernehmen wird, so ist das nur gut für unseren Kanton! Zu lange haben sich ein FDP und ein SP-Vertreter bei Abstimmungen im Stöckli mit einem Ja und einem Nein eliminiert.

STEPHAN FLÜCKIGER,  
KESTENHOLZ

## Für eine gesunde Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit

### Roberto Zanetti in den Ständerat

In unserer wirtschaftlich schwierigen Zeit brauchen wir Politiker, welche dafür sorgen, dass nicht Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden. Es braucht engagierte Politiker, welche sich gegen Stellenabbau, Lohn- oder Altersrentenkürzungen einsetzen!

Roberto Zanetti hat als Gemeindepresident von Gerlafingen bewiesen, dass er voll und ganz für das Gemeinwohl einsteht. Er hat ein offenes Ohr für alle und erreicht pragmatisch mit den Verhandlungspartnern konstruktive Lösungen.

Als Regierungsrat holte Roberto Zanetti das Briefpostzentrum gegen starke Konkurrenten nach Härkingen. Damit half er, Arbeitsplätze in den Kanton Solothurn zu holen und den Service Public zu stärken.

Im Kantonsrat erlebe ich Roberto Zanetti als integre, willensstarke Persönlichkeit mit



**EIN MÄNNLEIN STEHT IM WALDE ...** So einsam wie hier im Muggenloch zwischen Erlinsbach und Stüsslingen, wo sich Fuchs und Hase gute Nacht sagen und 34 Schafe weiden, ist Roberto Zanetti in Wirklichkeit nicht. Nach Leserbriefen führt der Sozialdemokrat im Ständeratswahlkampf klar. **uw**

hohem Demokratieverständnis, welche über einen gesunden Menschenverstand verfügt und die Anliegen der Bevölkerung hochmotiviert und engagiert einbringt.

Im Ständerat wird er mit seiner Kompetenz und seinem Durchsetzungsvermögen den Kanton Solothurn standesgemäss vertreten!

Deshalb wähle und empfehle ich Roberto Zanetti.

TRUDY KÜTTEL ZIMMERLI,  
KANTONSRAÄTIN SP, OLTEN

## Wir brauchen Politiker, die sich für die Menschen einsetzen

### Gedanken zur Ständeratswahl im Kanton Solothurn

Beide Mitbewerber von Roberto Zanetti stammen aus dem Gäu, das bereits von Ständerat Rolf Büttiker, Wolfwil, vertreten ist. Eine bessere Verteilung der beiden Sitze wäre zu begrüssen.

Der Ständerat – zurzeit 44 Mitglieder, zwei Sitze vakant – ist politisch gegenwärtig wie folgt zusammengesetzt: CVP 16, FDP 11, SP 8, SVP 6, Grüne 2, BDP 1. Und nun strebt die CVP einen 17. Sitz an, was diese überproportionale Vertretung im Ständerat noch dominanter machen würde. Wollen wir das wirklich?

Wie den Wahlunterlagen zu entnehmen ist, wollen sich die beiden Mitbewerber von Roberto Zanetti schwerpunktmässig für die Wirtschaft einsetzen. Dies ist nicht zu bemängeln, doch wäre es mir lieber, sie würden sich vordringlich für die Probleme der Menschen in unserem Kanton einsetzen. Wohin eine überbordende Wirtschaft führen kann, zeigt die jüngste Vergangenheit, denn eine Demokratie entscheidet nicht, was richtig und was falsch ist. Sie entscheidet nur, was gilt. Darum brauchen wir an den Schalthebeln der Macht Politiker wie Roberto Zanetti, die mit Augenmass die Probleme der einfachen Leute erkennen und danach handeln. Schon der Philosoph Friedrich Nietzsche stellte fest: «Wir brauchen die Demokratie, um die Wirtschaft am alleinigen Regieren zu hindern.

KURT HOWALD, DULLIKEN

## Vom Verlust unserer Werte spricht man nicht

### Bundesrätin Widmer-Schlumpf und die Minarettverbotsinitiative

Ich habe das Bundesbüchlein gelesen und die Ansprache von Bundesrätin Widmer-

Schlumpf gehört. Ein Meisterwerk an Ausblendung, Desinformation, Faktenunterdrückung und Erfahrungsnegierung. Klar vorliegende Beispiele aus England, Deutschland, Frankreich, Holland, wo sich vor unsern Augen Parallelgesellschaften bilden und sich vermehrt Scharia-Einflüsse in die Rechtsprechungen einschleichen oder sie gar schon ersetzen, werden mit dem Hinweis abgeschmettert, dass es sich um eine schweizerische Abstimmung handelt.

Mit dem permanenten Hinweis auf verstärkte Integrationsbemühungen, natürlich durch uns zu erbringen, geht man den Tatsachen aus dem Weg und verlagert sie in eine niemand verpflichtende, diffuse Zone. Wir sind mit einem Integrationsminimalismus oder sogar einer Integrationsresistenz konfrontiert, abgesegnet durch eine Aussage des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan, welcher «Assimilation als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit» bezeichnet. Was man anstrebt, sind islamische Kleinstaaten, mit eigenem Recht, eingebettet in das grossartige Umfeld eines hochentwickelten Landes. Das gibt es bereits und ist mit dem Flankenschutz des Antirassismusklausels auch bei uns auf bestem Wege dazu.

Minarette, um die es geht, sind nicht einfach schnuggelige Türmchen wie auf Schloss Neuschwanstein, sondern klare Zeichen der Macht, woraus sie sich bekanntlich entwickelt haben. Also Symbole für eroberte Gebiete mit Eindringen in Politik und Gesellschaft, was nirgends Bestandteil der Glaubensfreiheit ist. Bundesrätin Widmer sagte, dass unser Strafrecht ausreiche, um Auswüchse zu ahnden und zu bestrafen. Wie viele Beschneidungen wurden erkannt und bestraft? Wie viele Zwangsehen aberkannt? Wie viele Hassprediger entdeckt und ausgeschafft respektive nicht ins Land gelassen? Es gibt keinen schweizerischen Islamismus, wie uns im «Club» glaubhaft gemacht werden sollte, sondern eine weltweit operierende Religion mit aus dem Koran abgeleiteten Aufträgen und klar definierten Zielen.

Und was Zusagen taugen, führt uns Rheinfelden D vor. Als Justizministerin wich Widmer der Frage aus, in welchem Ausmass unsere Rechtsprechung bereits Elemente der Scharia enthalte. Mit der «Anpassung» an Schüler mit islamischem Hintergrund, was ohne weiteres als Diskriminierung der Schweizer Kinder eingestuft werden kann. Mit dem Gesamtbundesrat treibt sie «Management by Warning» statt «by Leading»: Man warnt vor Islam-Reaktionen, vor Störung des religiösen Friedens,

vor der EU, vor der UNO, vor wirtschaftlichen Konsequenzen, vor Isolierung, vor Imageverlust. Nur vor einem wird nicht gewarnt: Vom Verlust unserer hochgehaltenen Werte.

HANS BÜHLMANN, SCHÖNENWERD

## Linke Arbeitsplatzvernichter

### Nein zu einem Kriegsmaterialausfuhrverbot

Einmal mehr ist die SP auf die GSoA hereingefallen: Der SP geht es bei der Unterstützung des Waffenexportverbotes um die Wahrung von Moral, der GSoA geht es langfristig um die ratenweise Abschaffung der Armee. Vordergründig soll das Verbot jeglicher Waffenausfuhr zwar als Friedensbeitrag durchgesetzt werden. Effektiv aber ist unsere Waffenausfuhr von sehr bescheidenem Umfang, weil sie bereits heute sehr restriktiv geregelt ist. Sie geht zudem vor allem an Nato-Länder und Neutrale, deren Rüstungsstand auch für unser Land ein wichtiger Sicherheitsfaktor ist.

Ein Land mit einer eigenen Armee braucht wenigstens ein Minimum an inländischer Rüstungskapazität, um über das nötige Know-how und eine Basis an eigenen Rüstungsmitteln verfügen zu können. Viele Teile der benötigten Waffensysteme und Geräte beziehen wir aber heute schon aus dem Ausland. Handeln denn diese Lieferanten auch alle moralisch verwerflich? Den Initianten, der GSoA, geht es ganz offensichtlich um die schrittweise Abschaffung der Armee. Dass die SP sie dabei unterstützt und den Abbau von mindestens 10 000 Arbeitsplätzen und Hunderten von Lehrstellen in Kauf nimmt, ist für diese angebliche Arbeitnehmerpartei mehr als verwunderlich.

KURT FLURI,  
NATIONALRAT FDP, SOLOTHURN

## Der Westen als Treibhaus des freien Denkens

### Westlich-moderate Muslime müssen jetzt aktiv werden

Zu lange schon werden hierzulande Leute als Vertreter der Muslime medial herumgereicht. Problembereiche des Islam werden schöngeredet. Ein sachlicher Diskurs darüber wird abgewürgt, indem man eilends die Moralkeule der Islamophobie und des Rassismus schwingt.

Viele westlich orientierte Muslime in unserem Land leiden unter dem für sie falschen Generalverdacht, einer Fünften Kolonne anzugehören. Die sinnstiftenden und bereichernden

Aspekte dieser Religion bleiben auf der Strecke.

Westlich-moderate Muslime müssen jetzt aktiv werden. Weg mit der alten Garde; sie hat durch Doppelzüngigkeit ihre Glaubwürdigkeit verspielt. Eine jüngere Generation – vor allem Frauen – muss Klartext reden und zeigen, für welche Werte sie steht.

Der Westen bietet ihnen das Treibhaus des freien Denkens, Sprechens und Handelns. Hier kann ein aufgeklärter Islam keimen, sich entwickeln und reifen. Die eigene Geschichte lehrt uns: Keiner Religion oder Ideologie darf es je wieder erlaubt sein, sich über demokratische Gesetze zu stellen. Freiheit war, ist und wird nie kostenlos sein und muss stets aufs Neue errungen werden. Darum ja zur Minarettverbotsinitiative, denn Minarette sind das Machtsymbol für den politischen Islam.

OTTO HERMANN, GRETZENBACH

## Die Scharia hat hier nichts zu suchen

### Ja zur Minarettverbotsinitiative

Ein religiöses Symbol verdichtet Denksysteme und Weltanschauungen auf eine unverwechselbare Form, quasi ein Markenzeichen. Nebst dem Halbmond ist ein Minarett ein solches für den Islam schlechthin. Jedoch: Die Marke Islam hat seit geraumer Zeit ein echtes Imageproblem in der westlichen Welt, auch in der Schweiz.

Auf YouTube bestätigen Iran, Saudi-Arabien und viele andere muslimische Staaten, wozu islamisch geprägte Gesellschaften fähig sein können: Archaische Rechtsauffassungen, basierend auf einem latenten Hang zu Gewalt und Brutalität. Freiheit und Demokratie sind dort Fremdwörter. Seit dem 11. September 2001 sind weltweit über 11 000 Terroranschläge verübt worden.

Islamophobie, Rassismus und Fremdenhass sind die Schlagworte jener, welche eine vernünftige Diskussion darüber abwürgen wollen, wie viel Islam die Schweiz zu ertragen bereit ist. Man merke: Ängste können nicht geweckt oder geschürt werden, wo es keine Gründe dafür gibt. In der Schweiz dürfen alle ihre Religion ausüben.

Die Scharia hingegen, das islamische Recht also, hat aber bei uns ganz entschieden nichts zu suchen, denn dieses verträgt sich mit unserem sehr erfolgreichen schweizerischen direktdemokratischen Gesellschaftssystem überhaupt nicht.

Aus allen diesen Gründen stimme ich am 29. November Ja zur Minarettverbotsinitiative.

JEAN-CLAUDE JACCARD,  
GRETZENBACH